

Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Folgen von konventionellen Fischfangmethoden für Meere und Klima: Was passiert im Lande Bremen?

Gesunde Meere erbringen lebenswichtige Funktionen für unseren Planeten, zum Beispiel im Hinblick auf Sauerstoffproduktion, Klimaregulierung oder Nahrungsmittelerzeugung. So sind Meere enorm wichtige, aber oft unterschätzte Verbündete im Kampf gegen die Klimakrise: Laut Greenpeace bindet z.B. ein Quadratkilometer Seegras so viel CO₂ wie zehn Quadratkilometer Wald.

Jedoch sind die Meere sehr stark belastet und ihr Zustand verschlechtert sich rasch. Das liegt auch an den negativen Auswirkungen konventioneller Fangmethoden: Weltweit sterben jährlich etwa 30 Millionen Tonnen Meerestiere in der Fischerei als ungewollter Beifang. Darunter befinden sich u.a. Seevögel, Haie, Schildkröten, Delfine oder junge Fische. Bei der grundberührenden Fischerei können zudem ganze Ökosysteme wie Korallenriffe oder Seegraswiesen durch den direkten Kontakt mit den Netzen zerstört werden. Eine internationale Studie, kürzlich veröffentlicht im Fachmagazin *Nature*, konstatiert zudem: Grundschleppnetze setzen weltweit mehr CO₂ frei als die Luftfahrt. Jährlich werden rund 1,5 Gigatonnen CO₂ durch industrielle Schleppnetze aus dem Sediment gelöst, entweichen in die Wassersäule und tragen zur Versauerung der Meere bei.

Dabei gibt es bereits alternative Fangmethoden mit geringeren Einflüssen auf die Ökosysteme im Meer. Um diese Ökosysteme besser zu schützen, ist es zukünftig notwendig, die Fangmethoden selektiver und nachhaltiger zu gestalten und zusätzlich besonders schützenswerte Gebiete für die Fischerei vollständig zu sperren. Auf europäischer Ebene wurde die Dringlichkeit der Aufgabe erkannt: Die im letzten Jahr vorgestellte Biodiversitätsstrategie der EU zielt darauf ab, 10 Prozent der EU-Meeresgebiete streng zu schützen. Die EU-Kommission erarbeitet derzeit einen entsprechenden „Aktionsplan zur Erhaltung der Fischereiresourcen und zum Schutz der Meeresökosysteme“. Zudem hat der Europäische Ausschuss der Regionen im Mai eine Stellungnahme verabschiedet, die die Rolle der lokalen Gebietskörperschaften für den Meeresschutz betont. Darin wird u.a. gefordert, die Auswirkungen der Grundfischerei zu begrenzen und Gebiete, in denen es gefährdete marine Ökosysteme gibt oder solche vermutet werden, zu sperren.

Fischereiwirtschaft und Meeresforschung sind für Bremen und Bremerhaven von prägender Bedeutung, weswegen auch unserem Bundesland im Rahmen seiner Möglichkeiten eine Verantwortung für den Schutz der Meere zukommt.

Beschlussempfehlung:

Daher fragen wir den Senat:

1. Fangmethoden im Kontext der bremischen Fischereiwirtschaft:

- a. Welche Fischarten werden in den bremischen Häfen in welchen Mengen pro Jahr angelandet und verarbeitet und welche Methoden werden bei ihrem Fang angewendet? Welche Arten von Schleppnetzen werden verwendet? (bitte gegliedert nach Fischarten und Fangmethoden; falls zu Fangmethoden keine belastbaren Zahlen vorliegen, dann ersatzweise nach Fischarten und Flottensegmenten)
 - b. Wie schätzt der Senat die meeresökologischen Folgen der verschiedenen angewendeten Fangmethoden ein, sowohl für Fischpopulationen als auch für Ökosystemprozesse und den Meeresboden? (bitte gegliedert in Fangmethoden und Folgen)
 - c. Wann hat der Gesetzgeber auf Bundes- und Europaebene zuletzt Schritte unternommen, um besonders schädliche Fangmethoden (wie z.B. den Einsatz der mobilen grundberührenden Fischerei) in den deutschen Gewässern einzuschränken? Gibt es aktuelle Bestrebungen, die gesetzlichen Grundlagen zu ändern?
 - d. Welche rechtlichen Möglichkeiten sieht der Senat auf Bundes- und Europaebene, um alternative Fangmethoden gegenüber konventionellen Methoden stärker zu fördern? Werden alternative Fangmethoden bereits auf Bundes- oder Europaebene besonders gefördert und wenn ja, welche und wie hoch sind die entsprechenden Fördersummen?
2. Fangmethoden in deutschen Meeresschutzgebieten:
- a. Welche Fangmethoden sind in den Meeresschutzgebieten der deutschen Küstenmeere und Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) verboten und welche sind nach wie vor zugelassen?
 - b. Sind die bisherigen und geplanten Ausschlüsse bestimmter Fangmethoden aus Sicht des Senats hinreichend, um eine nachhaltige Erholung der Meeresökosysteme zu gewährleisten?
 - c. Wie steht der Senat zu einem gänzlichen Verbot konventioneller Fangmethoden und grundberührender Fischerei in Meeresschutzgebieten? Unter welchen Bedingungen stellt der Einsatz alternativer Fangmethoden eine wirtschaftliche Alternative zu konventionellen Fangmethoden dar?
3. Forschung über Fangmethoden in der Nordsee an Forschungseinrichtungen im Lande Bremen:
- a. Welche Forschungsprojekte zu den ökologischen Folgen von mobiler grundberührender Fischerei wurden nach Kenntnis des Senats in den letzten 10 Jahren durchgeführt?
 - b. Zu welchen Ergebnissen kamen diese Forschungsprojekte? Inwiefern spielten dabei neben den meeresökologischen Schäden im engeren Sinne (z.B. Auswirkungen auf die benthische Flora und Fauna oder biochemische Austauschprozesse zwischen Meeresboden und Wassersäule) auch klimatologische Aspekte eine Rolle (insbesondere die Freisetzung von im Sediment gespeichertem CO₂)?
 - c. Welche Forschungsprojekte zur Konzeption und Implementierung alternativer Fangmethoden wurden nach Kenntnis des Senats in den letzten 10 Jahren durchgeführt?

- d. Sind nach Kenntnis des Senats neue Projekte in diesen Bereichen – Erforschung von Folgen und Erforschung von alternativen Fangmethoden – in naher Zukunft geplant?
- e. Sind dem Senat Förderprogramme des Bundes oder der EU bekannt, die gezielt Forschung in diesen beiden Bereichen unterstützen? Wenn ja, wie hoch sind die entsprechenden Fördersummen?

Maurice Müller, Dorothea Fensak, Philipp Bruck,
Ralph Saxe, Björn Fecker und Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN